

Thomas Bauer:

**„Das Staatsvermögen verfällt zusehends“
Bauindustrie präsentiert 6-Punkte-Programm
zur Zukunftssicherung der öffentlichen Haushalte**

(bbiv) München. „Investitionen sind in Deutschland zur Restgröße des Konsums verkommen. Die DDR hat uns vorgemacht, wohin das führt“, stellte der Präsident der Bayerischen Bauindustrie, Prof. Thomas Bauer, anlässlich der Mitgliederversammlung seines Verbandes in München fest. Der Bundesregierung wirft Bauer politisches Versagen vor - bei der im Grundsatz wichtigen Maut, die politisch zur Lachnummer wurde; in der Steuerpolitik - Belastungen und Verschärfungen statt Wachstumsimpulse; in der Renten- und Gesundheitspolitik. Auch die Kürzungspolitik des Freistaates hält Bauer für unverantwortlich einseitig. „Nach Angaben des Bayerischen Finanzministeriums fallen 86 Prozent der Haushaltskürzungen auf Investitionen. Folge sind dramatische Einbrüche in Erhalt und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur: Straßen- und Schienennetz, Abwasserkanäle, Schulen und Hochschulen verkommen, das öffentliche Vermögen verfällt, die Verschuldung steigt.“

Von der Staatsregierung erwartet Bauer, Haushaltskürzungen auf Sozialkonsum und Personalausgaben zu konzentrieren. „Das Personal, das der Staat nicht abbaut, müssen wir Bauunternehmer abbauen. Für die Arbeitslosenversicherung ist das ein Nullsummenspiel - für unser Land bedeutet es Reduzierung von Zukunftsfähigkeit.“

Dem Reformminister des Freistaates, Erwin Huber, präsentierte Bauer einen 6-Punkte-Katalog zur konstruktiven Umsetzung des Mottos „Sparen - reformieren - investieren“:

1. Auflösung des Investitionsattentismus: Aufgeschobene Investitionen sind nichts anderes als verdeckte neue Schulden.
2. Runter mit den Personalkosten. „Eine Personalquote von über 42 Prozent kann sich ein europäisches Land heute nicht mehr leisten.“
3. Zentrale Staatsaufgaben wie Straßenbau und Hochwasserschutz müssen im Haushalt abgesichert werden.
4. Der Freistaat muss wirtschaftliche Alternativen zur Haushaltsfinanzierung öffentlicher Vorhaben entwickeln. Dazu braucht er ein „Kompetenzzentrum Public Private Partnership.“
5. Auch die Kommunen müssen umsteuern, etwa indem sie ihre Wasser- und Abwasserinfrastruktur konsequent von auslaufenden Staatszuschüssen abkoppeln und auf Gebührenfinanzierung umstellen.
6. Der Staat muss weg von der kameralistischen Haushaltsführung. Denn „so wenig der Normalbürger den Begriff Kameralistik versteht, so wenig versteht die Kameralistik vom öffentlichen Vermögen.“